

11. Standesinitiative betreffend Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen von Fleisch von mehrtägigen Tiertransporten aus dem Ausland

Parlamentarische Initiative Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) und Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) vom 3. Mai 2021

KR-Nr. 145/2021

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Es geht jetzt um die Standesinitiative betreffend Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen von Fleisch von mehrwöchigen Transporten aus dem Ausland. Sie können sich sicherlich noch an die Suezkanal-Krise, wo es eine Blockade von verschiedenen Frachtschiffen gab, erinnern. Darunter waren auch 20 Tiertransportschiffe. Diese blieben tage- fast wochenlang stecken, zum Teil verhungerten die Tiere. Auch sind es jeweils sehr alte Schiffe, die zum Einsatz kommen. Die Schiffe sind mindestens ein bis zwei Wochen unterwegs. Das sind Lebendtransporte von Tieren. Offenbar ist das günstiger, als wenn man das Kühlfleisch transportiert. Ein solcher Lebendtransport begünstigt Pandemien und Krankheiten. Ausserdem sind es durch diese langen Transportzeiten natürlich tierquälerische Haltungsbedingungen. Auf den Schiffen ist es auch so, dass die Begrenzung der Transportzeit wegfällt, die zum Beispiel bei den LKW-Transporten gilt; dort gibt es zumindest minimale Begrenzungen.

Ein grosser Anteil davon hat die EU. Jährlich sind 2 Milliarden Tiertransporte betroffen, vor allem solche Lebendtransporte auch in die muslimischen Länder. Jetzt ist die Frage: Warum sind wir betroffen? Viele Lastwagentransporte gehen auch über die Schweiz. Sie sind ebenfalls tagelang unterwegs. Günstiges Fleisch gelangt auch in unsere Discounter, gerade auch im Kanton Zürich. In der Schweiz haben wir europaweit, wenn nicht gar weltweit, eine der strengsten Tierhaltungsbedingungen. Unsere Bauern haben diverse Labels, die sie einhalten, sehr strenge Kontrollen, wie gross zum Beispiel auch die Distanzen zum Schlachthof sein dürfen, die Raumverhältnisse bis zum Schlachthof, alles ist klar geregelt. Dieses Billigfleisch aus dem Ausland ist eine Konkurrenz für unsere heimischen Bauern. Es ist viel günstiger und es sind viel schlechtere Haltungsbedingungen. Bei uns wird jeder Landwirt genau kontrolliert und bei Verstössen auch sanktioniert. Gleichzeitig schauen wir aber bei importiertem Fleisch weg, zum Beispiel bei Billigfleisch aus Ungarn. Das passt nicht zusammen. Viele Konsumenten sind bereit, für gute Haltungsbedingungen mehr zu bezahlen und die heimische Landwirtschaft zu unterstützen. Dies hat man auch während der Pandemie (*Corona-Pandemie*) gemerkt, die Pandemie hat vieles aufgezeigt.

Deshalb fordern wir Bundesbern mit dieser parlamentarischen Initiative auf und sind dort auch bereits in Kontakt, dass Fleisch bei mehrtägigen Transporten deklariert werden muss und auch Zollbeschränkungen auferlegt werden müssen. Warum die parlamentarische Initiative? Zürich ist der bevölkerungsreichste Kanton. Viele kaufen hier ein, auch aus anderen Kantonen. Wichtig ist, dass wir diese Sache angehen, natürlich gemeinsam mit Bundesbern, wo uns überparteilich auch viele unterstützen. Es geht darum, ein Zeichen zu setzen, und dafür gibt es ja auch

das Instrument der parlamentarischen Initiative. Viel Billigfleisch kommt aus dem Ausland und ist bei uns in den Läden. Dies soll entsprechend deklariert werden müssen, und es soll auch Zollbeschränkungen geben. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen): Die von den Initiantinnen erwähnten skandalösen Vorfälle bei Tiertransporten geben uns selbstverständlich auch zu denken, und wir bedauern und verurteilen solche tierquälerischen Praktiken klar. Politisch allerdings unterscheidet sich diese Standesinitiative in zwei entscheidenden Punkten von derjenigen derselben Initiantinnen vom 30. November 2020 betreffend Importverbot von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang (KR-Nr. 441/2020), welche die FDP vor gut einem Monat noch unterstützte. Zum einen ist hier der Kanton Zürich nicht in besonderem Masse oder stärker betroffen als andere Kantone. Bei den Echtpelz-Importen war das noch anders. Hier gilt unsere Stadt Zürich als bedeutende Luxus-Bekleidungs-Einkaufsdestination als besonders betroffen. Zum andern darf getrost davon ausgegangen werden, dass im vorliegenden Fall das Thema von der überaus schlagkräftigen Bauern-Lobby im Bundeshaus aus eigenen Kräften zu bewältigen sein müsste. Die FDP des Kantons Zürich sieht sich deshalb grossmehrheitlich nicht in der Pflicht, Zollbeschränkungen, die leider allzu oft protektionistische oder gar nationalistische Absichten verfolgen, mitanzustossen. Dass diese Befürchtungen im vorliegenden Fall nicht ganz von der Hand zu weisen sind, zeigen die unnötigen indirekten Seitenhiebe in der Begründung des Vorstosses gegen die EU und muslimische Länder.

Während die FDP inhaltlich also durchaus in den tierschützerischen Punkten mit den Anliegen der Initiantinnen sympathisiert, ist unsere Fraktion doch grösstenteils der Meinung, dass das Instrument der Standesinitiative unseres Kantons bei diesem Thema keine Anwendung finden soll. Besten Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Die Begründungen für die Standesinitiative wurden genannt. Klar ist für uns: Das System der Tiertransporte und der damit einhergehenden Kosten ist ein krankes System. Will man hier mit dem freien Markt argumentieren, landet man bei einem unwürdigen Umgang mit unseren Nutztieren. Dass es Auflagen braucht, damit Tiertransporte möglichst ethisch vertretbar sind, ist unbestritten. Wir könnten auch weitergehen und die externen Kosten für die Tiertransporte sowie für die unwürdigen Tierhaltungsbedingungen internalisieren. Das ausländische Fleisch würde teurer werden und wir könnten so das Schweizer Fleisch fairer bewirtschaften.

Der Haken an dieser Standesinitiative ist, dass dies Aufgabe des Bundes ist, denn es ist ein Anliegen, das die ganze Schweiz betrifft. Das Grundanliegen zugunsten des Tierwohls und zugunsten der Schweizer Bauern ist durchaus sympathisch und unterstützenswert. Die Grünliberalen lehnen die Standesinitiative jedoch ab, da sie auf Kantonsebene am falschen Ort angesiedelt ist.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Diese Standesinitiative will eine Deklarationspflicht für Importfleisch, darüber, ob die Tiere transportiert wurden, und über das Herkunftsland und das Verarbeitungsland. Weiter verlangen die Initiantinnen die Auferlegung von Zollbeschränkungen. Vorweg: Die Grüne Fraktion möchte nun wirklich auch keine Tiertransporte und selbstverständlich keine Billigimporte von Fleisch. Somit unterstützen wir konsequent alle Bemühungen diesbezüglich. Tierwohl ist uns nicht erst jetzt plötzlich wichtig, sondern ist es immer schon gewesen. Hier geht es um eine parlamentarische Initiative. Man könnte sagen, dass die Initiative eher sinnvoll wäre, wenn auf nationaler Ebene noch nichts laufen würde. Dem ist aber nicht so. Auf Bundesebene steht Billigfleisch bereits im Fokus. Am 24. September 2020, also bereits im letzten Jahre, wurde eine breit abgestützte Motion eingereicht und der Bundesrat aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen so anzupassen, dass die Absatzförderung von tierischen Produkten beschränkt ist auf Produkte von Tieren, die regelmässig einen Auslauf gehabt haben. So begrüßen wir es ebenfalls, dass auch am 14. September 2021, also erst kürzlich, im Nationalrat zu diesem Thema eine Anfrage eingereicht wurde. Es ging darum, ob der Bundesrat, analog wie in Deutschland geplant, bereit wäre, ein Werbeverbot für Dumpingfleisch einzuführen und solche Werbung zumindest einzuschränken. Dazu wurde am 29. September 2021 eine Motion eingereicht und der Bundesrat beauftragt, dezentrale Schlachtkapazitäten so zu fördern, dass Tiertransporte verkürzt werden, um einen Beitrag zum Tierwohl zu leisten. Also Bundesbern muss nicht aufgefordert werden, es ist dran. Die Initiantinnen dieser Standesinitiative berufen sich auf Regelungen, die in mehreren deutschen Bundesländern in Kraft sind. Das ist nun wirklich erfreulich, denn wir sind froh, wenn gute Beispiele aus dem Ausland auch bei der SVP Schule machen.

Obwohl die Argumente in der Begründung der Initiantinnen nicht stringent und systematisch sind und Aspekte vermischt werden, begrüßen wir die Stossrichtung sehr. Und vor allem unterstützen wir die Initiative, weil die Vorstösse in Bern von allen Parteien und Fraktionen mitgetragen wurden, also auch von der SVP. Die Grüne Fraktion würde es begrüßen, wenn alle Politikerinnen und Politiker hier und auch alle Fraktionen sich hier und auf Bundesebene auch zukünftig konsequent für eine nachhaltige, tierwürdige und faire Lebensmittelproduktion aussprechen würden und nicht nur, wenn es sich um die Absatzförderung ihrer eigenen Landwirtschaftsprodukte handelt. Denn nur so kommen wir weiter. Obwohl diese PI offene Türen einrennt, unterstützt die Grüne Fraktion die Überweisung, weil es für uns um die Sache geht: Wir leisten, wie schon immer, einen Beitrag zum Tierwohl.

Melanie Berner (AL, Zürich): Da sind wir wieder. Nur ein paar Wochen nach dem SVP-Wunsch nach einem Importverbot für ausländischen Pelz debattieren wir über den Wunsch der beiden SVP-Tierschützerinnen für eine Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen für Tiertransporte aus dem Ausland. Seit der letzten Debatte weiss ich, dass das Tierwohl Sandra Bossert wirklich sehr am Herzen liegt. Aber auch hier lässt sich eine gewisse Neiddebatte nicht leugnen. Die beiden Ini-

tiantinnen betonen ja ausdrücklich, dass es ihnen auch darum geht, eine Konkurrenz für die heimische Landwirtschaft zu eliminieren. Wie dem auch sei, tagelange Tiertransporte sind eine absolut unnötige Qual für die Tiere, und die Idee, dass Billigfleisch im Detailhandel im Überangebot vorhanden sein muss, ist eine weitere Perversion unserer Überfluss- und Konsumgesellschaft. Auch dieses Mal würdigen wir von der Alternativen Liste das tierschützerische Anliegen der vorliegenden PI. Aber auch dieses Mal erachten wir den gewählten Weg, die parlamentarische Initiative auf Einreichung einer Standesinitiative, als absolut ungeeignet, um das Problem anzugehen. Unzählige Monate, wenn nicht Jahre, werden vergehen, bis das Anliegen auf diesem Weg ins nationale Parlament kommt. Die SVP ist die stärkste Partei im nationalen Parlament. Die Zürcher SVP ist gut vertreten. Wenn Sie die Situation für die Tiere und die Schweizer Fleischproduzentinnen und -produzenten verbessern wollen, tragen Sie Ihr Anliegen doch über diesen Weg nach Bern. Sollte die Zürcher SVP dazu keine Hand bieten, bin ich sicher, dass es andere Fraktionen gibt, die Ihr Anliegen gerne aufnehmen werden. Die Alternative Liste wird die vorliegende PI nicht unterstützen. Danke.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Es ist wunderbar, wie einmütig hier dieser Kantonsrat funktioniert, und alle haben begriffen, dass wir nicht Bundesversammlung spielen sollten. National- und Ständerat behandeln das Tierschutzgesetz und solche Gesetze sind nationale Gesetze. Das hat eigentlich in unserem Plenum nichts verloren, und ich danke dem Vorredner der FDP, die auch zu diesem Schluss gekommen ist. Die Grünen möchten das jetzt trotzdem behandeln. Logisch unterstützen wir inhaltlich dieses Anliegen auch, aber Bern ist zuständig. Darum bitte ich Sie, diese unnötige parlamentarische Initiative abzulehnen. Vielen Dank, wir haben Gescheiteres zu tun.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Meine Kollegin Nina Fehr hat Ihnen bereits unsere Beweggründe für die Standesinitiative aufgezählt. Ich habe hier noch ein paar Zahlen: Im Jahr 2020 wurden insgesamt über 100'000 Tonnen Fleisch in die Schweiz importiert. Es werden über 11 Kilogramm Rindfleisch und sogar über 14 Kilogramm Geflügelfleisch pro Person gegessen. Die Transporte, wie auch schon erwähnt, fahren quer durch die Schweiz. Die Tiere, eingesperrt in Lastwagen, werden verladen, kommen zuerst vom Suezkanal, werden tagelang herumgekarrt, wie gesagt auch durch die Schweiz, um irgendwo geschlachtet zu werden, tot wieder retour gekarrt in ein anderes Land, um ausgebeint und schlussendlich verarbeitet zu werden. Es kann doch nicht sein, dass wir das dulden, wir hier in der Schweiz. Es wurde gesagt, es gehe uns um den Konkurrenzgedanken für die einheimischen Bauern. Nein, es geht uns um die Tiere. Das darf einfach nicht sein. In den anderen Ländern haben sie ihre eigenen Gesetze, aber wir in der Schweiz mit einem der extremsten Tierschutzgesetze, dürfen das nicht auch noch mit Importen unterstützen. Wie oft waren Sie vielleicht schon in einem Restaurant und haben auf der Karte gelesen, Deklaration von Fleisch: Ungarn. Dann kann man sich etwa ausrechnen, welcher Leidensweg hinter dieser Geschichte steht. Wir

haben unsere Politikerkollegen im Bern avisiert, sie wissen Bescheid, unter anderem Martin Haab (*Altkantonsrat*). Er ist mit dabei und unterstützt uns. Wir wollen dieses Zeichen aus Zürich setzen, weil wir ein bevölkerungsreicher Kanton sind, weil wir viele Restaurants, viele Leute allgemein haben und viel Fleisch essen. Ich wäre um Ihre Unterstützung dankbar, danke.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch kurz den Argumenten entgegen: Es freut mich, dass die meisten materiell voll bei uns sind, aber es ist schade, dass es nicht nur um den Inhalt geht, sondern um die Form. Die Standesinitiative gibt es als Instrument des Kantons, sonst könnte man das Instrument ja ganz abschaffen. Wir sind vom Kanton her stark betroffen. Wir sind der bevölkerungsreichste Kanton mit sehr vielen Discountern. Und bei anderen Parteien wird ja das Instrument der Standesinitiative genauso ergriffen. Also dann könnte man ja jedes Mal dieses Argument bringen, dass es ja ein eidgenössisches Thema ist. Natürlich sind wir, wie meine Vorrednerin gesagt hat, in Kontakt mit Vertretern in Bundesbern, unter anderem auch mit Nationalrat Lukas Reimann, aber auch mit anderen Parteien. Aber das eine schliesst doch das andere nicht aus. Und was die Grünen gesagt haben, dass es das bereits gibt: Es ist nicht genau das Gleiche, hier geht es vor allem um ein Werbeverbot. Und natürlich geht es uns hauptsächlich um das Tierwohl und nicht hauptsächlich um die Bauern. Das ist nur ein Nebeneffekt. Manchmal dünkt es einen, man sucht ein bisschen das Haar in der Suppe, wenn ein Vorstoss von der SVP kommt. Es ist auch schade, wenn man dann einfach sagt, wir schreiben von den Muslimen; das war eine Klammerbemerkung. Man sucht einfach etwas heraus, und das ist wirklich schade, dass es nicht mehr um den Inhalt geht und man nicht einfach sagt: Es braucht beides. Es braucht einen Impuls vom Kanton bei dieser wichtigen Gelegenheit, aber es braucht auch Bundesbern. Vielleicht gibt es ja doch die eine oder den anderen, die anders stimmen oder Stimmfreigabe haben. Das würde uns extrem freuen. Vielen Dank.

Ratspräsident Benno Scherrer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 145/2021 stimmen 65 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.